



## Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
12.08.2025 ZEIT online: Kernkraft: Atomkraftgegner kündigen Proteste gegen Castortransporte an	4
12.08.2025 ad-hoc-news: Anti-Atomkraft-Initiativen und der BUND in NRW haben sich im Fall der umstrittenen möglichen Atommülltransporte nach Ahaus in einem Brandbrief an die Politik gewandt und zugleich weitere Proteste angekündigt.	5

# EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 ZEIT online

## Kernkraft: Atomkraftgegner kündigen Proteste gegen Castortransporte an

12. August 2025 08:45 | Medienart: Online | Visits/Monat: 74.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Anti-Atomkraft-Initiativen und der BUND in NRW haben sich im Fall der umstrittenen möglichen Atommülltransporte nach Ahaus in einem Brandbrief an die Politik gewandt und zugleich weitere Proteste angekündigt. In einem Schreiben an Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD), Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) und Landeswirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) forderten sie dazu «Last-Minute-Gespräche» zwischen den Beteiligten in Bund und Land.

Die SPD-Opposition in Nordrhein-Westfalen hatte vor einigen Tagen mitgeteilt, dass sie in Kürze Transportgenehmigungen für 152 Castoren aus Jülich sowie für weitere 38 Castoren mit hochradioaktivem und hochangereichertem Atommüll aus dem Forschungsreaktor Garching erwartet.

Nach Ansicht der Anti-Atomkraft-Initiativen aus Jülich und dem Münsterland und des Bund NRW handelt es sich um «ein Mammutvorhaben von vier bis acht Jahren über marode Autobahnen ohne jeden Sinn». Die derzeitige Genehmigung des Ahauser Zwischenlagers laufe bereits 2036 aus, das Verfahren zur Neugenehmigung beginne erst 2028.

Laut Initiative «Kein Atommüll in Ahaus» würden die Transporte in einer rechtlich völlig ungeklärten Situation stattfinden. Der Ausgang einer Neugenehmigung für Ahaus sei völlig offen, die jetzige Lagerhalle gehöre «zu den ältesten der Republik mit den dünnsten Wänden». Beim Problem der Weiterlagerung von hochradioaktiven Brennelementekugeln in Jülich hätten Bund und Land NRW jahrelang nicht ernsthaft über nachhaltige Lösungen verhandelt. Solange die Endlagerfrage nicht geklärt sei, dürfe kein Atommüll transportiert werden, forderten die Organisationen.

Zugleich riefen sie zu Protesten auf: Am 31. August solle es einen «außerordentlichen Sonntagsspaziergang» am Zwischenlager in Ahaus geben. Für den 4. Oktober sei eine Demonstration in der Innenstadt von Ahaus geplant.

Die SPD-Landtagsfraktion hatte jüngst berichtet, sie gehe davon aus, dass das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) in Berlin die Genehmigung bis Mitte August erteilen werde. Die Vorbereitung der Transporte werde dann voraussichtlich noch sechs bis acht Wochen dauern. Die

Transporte würden möglicherweise die nächsten vier bis acht Jahre mitten durch NRW rollen, hatte Fraktionsvize Alexander Vogt gesagt.

In Jülich lagern aus einem früheren Versuchsreaktor rund 300.000 Brennelemente-Kugeln in 152-Castor-Behältern. Die Einzeltransporte könnten auch gebündelt werden.

Das BASE hatte bereits vor wenigen Wochen mitgeteilt, dass die Atommülltransporte ab dem vierten Quartal des laufenden Jahres möglich sein könnten. Das müssten aber die jeweiligen Länderbehörden entscheiden, wenn die Genehmigungen erteilt seien. Geplant seien Schwertransporte auf der Straße.

---

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 ad-hoc-news

Anti-Atomkraft-Initiativen und der BUND in NRW haben sich im Fall der umstrittenen möglichen Atommülltransporte nach Ahaus in einem Brandbrief an die Politik gewandt und zugleich weitere Proteste angekündigt.

12. August 2025 08:52 | Medienart: Online | Visits/Monat: 73.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

12.08.2025 - 08:52:53

**Atomkraftgegner kündigen Proteste gegen Castortransporte an**

In einem Schreiben an Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD), Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) und Landeswirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) forderten sie dazu "Last-Minute-Gespräche" zwischen den Beteiligten in Bund und Land.

Die SPD-Opposition in Nordrhein-Westfalen hatte vor einigen Tagen mitgeteilt, dass sie in Kürze Transportgenehmigungen für 152 Castoren aus Jülich sowie für weitere 38 Castoren mit hochradioaktivem und hochangereichertem Atommüll aus dem Forschungsreaktor Garching erwartet.

**"Transport-Mammutvorhaben wären ohne Sinn"**

Nach Ansicht der Anti-Atomkraft-Initiativen aus Jülich und dem Münsterland und des Bund NRW handelt es sich um "ein Mammutvorhaben von vier bis acht Jahren über marode Autobahnen ohne jeden Sinn". Die

---

derzeitige Genehmigung des Ahauser Zwischenlagers laufe bereits 2036 aus, das Verfahren zur Neugenehmigung beginne erst 2028.

Laut Initiative "Kein Atommüll in Ahaus" würden die Transporte in einer rechtlich völlig ungeklärten Situation stattfinden. Der Ausgang einer Neugenehmigung für Ahaus sei völlig offen, die jetzige Lagerhalle gehöre "zu den ältesten der Republik mit den dünnsten Wänden". Beim Problem der Weiterlagerung von hochradioaktiven Brennelementekugeln in Jülich hätten Bund und Land NRW jahrelang nicht ernsthaft über nachhaltige Lösungen verhandelt. Solange die Endlagerfrage nicht geklärt sei, dürfe kein Atommüll transportiert werden, forderten die Organisationen.

Zugleich riefen sie zu Protesten auf: Am 31. August solle es einen "außerordentlichen Sonntagsspaziergang" am Zwischenlager in Ahaus geben. Für den 4. Oktober sei eine Demonstration in der Innenstadt von Ahaus geplant

#### Genehmigung steht laut SPD kurz bevor

Die SPD-Landtagsfraktion hatte jüngst berichtet, sie gehe davon aus, dass das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) in Berlin die Genehmigung bis Mitte August erteilen werde. Die Vorbereitung der Transporte werde dann voraussichtlich noch sechs bis acht Wochen dauern. Die Transporte würden möglicherweise die nächsten vier bis acht Jahre mitten durch NRW rollen, hatte Fraktionsvize Alexander Vogt gesagt.

In Jülich lagern aus einem früheren Versuchsreaktor rund 300.000 Brennelemente-Kugeln in 152-Castor-Behältern. Die Einzeltransporte könnten auch gebündelt werden.

Das BASE hatte bereits vor wenigen Wochen mitgeteilt, dass die Atommülltransporte ab dem vierten Quartal des laufenden Jahres möglich sein könnten. Das müssten aber die jeweiligen Länderbehörden entscheiden, wenn die Genehmigungen erteilt seien. Geplant seien Schwertransporte auf der Straße.